



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/51

Hannover, den 2. Mai 1949

Des Pudels Kern

Jede aufkeimende Hoffnung birgt die Gefahr in sich, dass Wunschvorstellungen die realen Tatbestände vernebeln. So hat seit dem Bekanntwerden des neuen amerikanisch-russischen Gesprächs die Menschen, die im Banne der Ost-West-Spannung leben, eine Welle neuer Zuversicht erfasst. Dabei wird viel von dem übersehen, was den heißen Wunsch nach einer in dauerndem Frieden gesicherten Arbeit unverändert gefährdet. In einer Fülle von kommentierenden Betrachtungen wurden Motive und Aussichten des Unternehmens überprüft. Zum Schluss bleibt kaum mehr übrig als die Erkenntnis, dass die Sowjets offenbar versuchen wollen, auf der deutschen Ebene zu erreichen, was ihnen in Berlin versagt blieb. Vom eigenen Machtbereich - in Berlin dem Sektor, in Deutschland der Zone - Einfluss auf das Ganze zu gewinnen. Das könnte, so hoffen sie wohl, vielleicht auf dem Wege über eine neue Vermächtekonzferenz geschehen. Sie scheinen zu einer bedeutenden Vorleistung, der Aufhebung der Berliner Blockade bereit, wenn sie damit diesen Ablauf der Ereignisse in Gang bringen können. Das ist wohl des Pudels Kern.

Präsident Truman hat erklärt, nach seiner Ansicht seien die russischen Annäherungsversuche in ehrlicher Absicht unternommen. Nun kann ein Mann in seiner Stellung dazu schlecht etwas anderes, etwa das Gegenteil, sagen. Geht man aber von der Erfahrung aus, so ist man durchaus zur Skepsis berechtigt. Die Moskauer Konferenz der Außenminister vom 10. März 1947 war seit Potsdam der erste Versuch einer umfassenden Lösung der deutschen Frage. Sie zeigte aber nur, dass sie seit Kriegsende verstrichene Zeit keineswegs ausgereicht hatte, eine echte Bereitschaft über Verständigung und Frieden auch nur zwischen den Alliierten zu schaffen. Die Beratungen kamen über eine Bestandsaufnahme der Schwierigkeiten nicht hinaus, ihr Ergebnis war eine Vertagung um ein Dreivierteljahr. Damals sagte Bevin im Unterhaus: "Wenn für viele dieser Probleme - Deutschland, Österreich und auch die Beziehungen zwischen Osten und Westen - auf der kommenden Londoner Konferenz keine befriedigenden Ergebnisse gefunden werden, kann niemand den weiteren Lauf der Welt voraussagen. Ich betrachte die Londoner Konferenz im November als die wahrscheinlich lebenswichtigste der Weltgeschichte, nachdem die Probleme jetzt ganz klar vor uns liegen." Ging Moskau mit einer Vertagung

aus, so wurde London ein glatter Fehlschlag. Er vollzog die seit Moskau kaum mehr verdeckte Spaltung zwischen dem Osten und dem Westen in aller Offenheit. Dieses klar negative Ergebnis hatte aber fast unmittelbar den Beginn einer sehr positiven Entwicklung zur Folge - es war der Ausgangspunkt für die Brüsseler Fünfmächtevereinbarung mit allen ihren Konsequenzen bis zum Atlantik-Pakt. Mittelbar veranlassten also die Russen in London Ende 1947 die Situation, die sie selbst jetzt zum Einlenken nötigt.

Dass gerade in den Tagen des neu aufgenommenen Ost-West-Gesprächs in London die endgültige Gründung des "Europäischen Rates" vollzogen werden wird, ist ein gutes Zeichen und sollte ein Ansporn sein, unter keinen Umständen auf dem seit London beschrittenen Wege eines immer wirksamer werdenden Zusammenschlusses der westlichen Welt stehen zu bleiben. Diese Politik ist, sehr spät, von Willensbekundungen zu Taten übergegangen, sie hat nur dadurch Eindruck auf Moskau gemacht, und erste praktische und sehr positive Folgen gezeitigt. Es wäre widersinnig, wenn man die geradezu aufdringliche Lehre, die darin liegt, ausser Acht lassen wollte. Das europäische Zusammenrücken unter dem starken amerikanischen Patronat - umschrieben durch die Begriffe Marshallhilfe, Europäisches Wiederaufbauprogramm, Europa-Union, Atlantik-Pakt, Bonner Grundgesetz und Berliner Luftbrücke - das so hoffnungsvoll begann, muss fortgesetzt werden. Sicher werden die Russen versuchen, manche dieser Themen oder Ausschnitte aus ihnen, auf der gewünschten kommenden Konferenz zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Man darf aber nicht vergessen, dass ihre Politik sich aller Wahrscheinlichkeit nach auch heute nach dem alten Bekenntnissatz Lenins richtet: Wer Deutschland hat, der hat Europa. Der Vorstoss ihres angeblich neu erwachten guten Willens legt nach allem, was bisher geschah, die Vermutung nahe, dass in ihm nur der erste Teil einer grossen politischen Angriffsunternehmung auf dieses Lenin'sche Ziel hin zu sehen ist. Die andere Version, Moskau wolle sich mit Konzessionen in Europa freie Hand für den Fernen Osten schaffen, verliert dadurch an Gewicht, dass es dort ohnehin im eindeutigen Vorteil ist und nicht einzusehen ist, weshalb es dafür noch einen hohen Preis zahlen sollte.

Man sollte annehmen, dass die Zeit vorbei ist, noch einmal einen Anlauf für eine neue vorläufige Viermächteverwaltung für ganz Deutschland zu unternehmen, die die wachsende Konsolidierung im Westen nur gefährden könnte. Politischen Sinn hätte in diesem Stadium der Entwicklung, das die Sowjetunion in einer offensiven Anstrengung sieht, aus der Defensive wieder herauszukommen, wohl nur der Versuch einer Klärung der Grundsätze, die für die Ausarbeitung eines deutschen Friedensvertrages massgebend sein sollen. Dieser Gedanke, so verführerisch er sein mag, weckt aber sofort eine recht konkrete Vorstellung von den ungeheuren Schwierigkeiten, die bis dahin noch zu überwinden sind und lässt für einen übersehbaren Zeitraum keine besondere Zuversicht aufkommen.

Paris - Berlin - Schanghai

Von Alfred Frisch, Paris

Paris hat die Nachricht über die bevorstehende Aufhebung der Berliner Blockade und die darauf folgende Zusammenkunft der Außenminister der vier Grossmächte zur Beratung des deutschen Problems mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Jede Entspannung wird natürlich begrüsst. Wenn auch die kommunistische "Humanité" ihren Lesern versichert, dass die westlichen Alliierten sich endlich entschlossen hätten, die Bedingungen Moskaus anzunehmen, weiss man sehr wohl, dass die Aufhebung der Blockade ein Rückzug der Russen ist. Andererseits ist man aber wegen der im Dunklen liegenden russischen Absichten beunruhigt. Frankreich möchte nicht eines Tages aufwachen und erfahren, dass die Sowjetunion mit Hilfe der deutschen Kommunisten am Rhein steht. Deswegen legt man an der Seine grössten Wert auf die schnelle Bildung eines westdeutschen Staates. Man scheint auch mehr denn je bereit zu sein, für die Fesselung eines demokratischen Deutschlands an die westliche Gemeinschaft bisher kaum geahnte Zugeständnisse zu machen.

Nicht uninteressant sind einige offiziöse politische Spekulationen, besonders in Kreisen, die über einen gewissen Weltblick verfügen. Man fragt sich, ob Moskau nicht stillschweigend auf seine theoretischen Machtmöglichkeiten in Deutschland verzichtet und in Asien Entschädigung für seinen europäischen Rückzug suchen wird. Ohne weitgehendes Entgegenkommen an den deutschen Nationalismus seien die Erfolgsaussichten des Kommunismus in Deutschland äusserst gering. Andererseits wäre es für die Sowjetunion ein ungeheures politisches Wagnis, Deutschland zu Lasten Polens und der Tschechoslowakei Geschenke zu machen: Rückwanderung der Sudetendeutschen, Änderung der Ostgrenzen. Sämtliche Oststaaten befinden sich wirtschaftlich in einer schwierigen und teilweise verzweifelten Lage. Die Volksmassen stehen zudem dem kommunistischen Regime mehrheitlich ablehnend gegenüber. Jede neue Verletzung des Nationalgefühls könnte leicht eine nationalistische Welle jugoslawischer Art auslösen und den Ostblock sprengen.

Von dem Zugang zum Bosphorus abgesehen, hat Russland in Europa seine traditionellen Ziele erreicht. Es könnte daher, seiner Entwicklung getreu, seinen Blick wieder stärker nach Osten richten und versuchen, den angelsächsischen Einfluss in Ostasien auszuschalten. Diese Absicht wird allerdings in Frankreich nicht allgemein geteilt. Ostasienkennner wollen die chinesische Entwicklung, in der sie eine wahre Revolution mit unabsehbaren Folgen sehen, nicht nach europäischen Grundsätzen beurteilen. Sie glauben weder an Kompromissmöglichkeiten zwischen Chinas Kommunisten und Bürgertum, noch an die Unterordnung Mao Tse Tungs unter den Willen des Kremls. Eine Verlegung des kommunistischen Schwergewichts von Moskau nach dem über die doppelte Einwohnerzahl verfügenden China und die Gefahr eines panasiatischen Nationalbolschewismus könne Stalin ebenso zum Alldruck werden wie seinen

angelsächsischen Widersachern. Und man spricht in Paris bereits von der Möglichkeit einer Annäherung der weissen Kapitalisten und Kommunisten zur Verteidigung ihrer gemeinsamen Interessen gegen die vordringende gelbe Welt. Es handelt sich hierbei wohl um eine sehr gewagte Spekulation, man sollte sie jedoch nicht ganz ausser Acht lassen.

Neben diesen grossen Weltproblemen muss die deutsche Frage bescheiden und beinahe unwichtig erscheinen. Das deutsche Volk kann nur gewinnen, wenn ihm endlich die zweitrangige Bedeutung, die ihm nach dem verlorenen Krieg zohornt, auch zuerkannt wird. Und auch die deutsch-französischen Beziehungen, so massgebend sie für die Entwicklung der europäischen Gemeinschaft sind, werden mit dem Weltstab gemessen, zu politischem Mikrokosmos. (b/A/304/2/ha)

Alliierte Vorbehalte zum Lastenausgleich

F.W. Fünf Monate nach der Verabschiedung des ersten Lastenausgleichsgesetzes im Wirtschaftsrat machen die drei Westmächte endlich Anstalten, dem Gesetz ihre Genehmigung zu erteilen. Die überaus lange Zeit des Wartens rief bei den Millionen der Kriegsbeschädigten nicht bloss Ungeduld hervor, sondern schuf eine Atmosphäre der Unzufriedenheit und des Misstrauens, deren Nachwirkungen in der deutschen Innenpolitik zu spüren sind. Die Westmächte haben das Gesetz im wesentlichen akzeptiert. Der wichtigste, nicht unter den Gouverneuren, sondern auf der Regierungsebene ausgetragene Streitpunkt war die Heranziehung von ausländischen Vermögenswerten in Deutschland zum Lastenausgleich. Dass fünf Monate notwendig waren, dieses Problem zu lösen, ist nicht ganz verständlich. Die von den Alliierten geforderten Änderungen hinsichtlich des anspruchsberechtigten Personenkreises greifen nicht in die Struktur des Gesetzes ein, tragen aber einen ausgesprochen politischen Akzent.

In Deutschland wird niemand ohne weiteres einzuwilligen vermögen, warum ein Gesetz zum Ausgleich von Krieg- und Kriegsfolgeschäden nicht als solches bezeichnet werden soll. Die Festlegung des anspruchsberechtigten Personenkreises auf Kriegsgeschädigte und Personen, die durch andere Umstände Schaden erlitten haben, ist grundsätzlich zwar weitgehender als die vier Gruppen, die der deutsche Text mit Flüchtlingen, Kriegssachgeschädigten, Währungsgeschädigten sowie politisch Verfolgten und Geschädigten unterscheidet, macht aber die Ausführung des Gesetzes sicher nicht leichter. Politisch gesehen, tritt hier eine Tendenz zutage, die dem von der Mehrheit des Volkes geäußerten Willen entgegenwirkt; den Hitlerkrieg durch einen gerechten, praktischen Ausgleich zwischen zerstörtem und erhalten gebliebenem Besitz zu liquidieren.

Wenn es zutrifft, dass, wie vermutet wird, die Amerikaner ausschliesslich von Währungsgeschädigten sprechen wollten und

die schliesslich gefundene Formulierung ein Kompromiss mit den auf der Seite des deutschen Gesetzgebers stehenden Engländern darstellt, dann darf man annehmen, dass hier Einflüsse wirksam sind, die in gewissen reaktionären Kreisen der deutschen Wirtschaft ihren Ursprung haben. Die FDP hat, als einzige Partei das vorliegende Gesetz im Wirtschaftsrat abgelehnt. Aber auch den kapitalistischen Reaktionen innerhalb der CDU muss ein Lastenausgleich ein Dorn im Auge sein, der den heiligen christlichen Eigentumsbegriff antastet. Doch diese Kreise sollten sich, auch wenn sie einmal bei gleichgesinnten Vertretern einer Besatzungsmacht Verständnis finden, nicht darüber täuschen, dass das deutsche Volk einen feinen Unterscheidungssinn für wirkliche soziale Gerechtigkeit besitzt. Das gemeinsame Schicksal des Leides und der Not hat im Volke eine Solidarität der Geschädigten und Opfer hervorgebracht, die als bestimmender Faktor für die deutsche Innenpolitik der nächsten Jahre in die Waagschale fällt und durch die Beseitigung von Wörtern und Begriffen nicht aus der Welt geschafft werden kann. (fs/25/2/he)

Labour Party strafft Partei-Organisation

(sp) Die empfindlichen Verluste, die die Labour Party bei den kürzlich abgehaltenen Grafschaftswahlen erlitt, hat das Exekutiv-Komitee zu dem Beschluss veranlasst, die Partei-Organisation zu straffen und die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre, die bisher 180 betrug, zu erhöhen. Die Bitte des Ortsvereins von Gateshead, die Ablehnung des Abgeordneten Conny Zilliacus als Kandidaten für die nächsten Parlamentswahlen noch einmal zu überprüfen und zu revidieren, wurde abgelehnt. Diese Ablehnung war nach dem Auftreten des "Rebellen" Zilliacus auf dem kommunistischen "Friedenskongress" in Paris unvermeidbar. (B65)

Jeder 10. Österreicher Sozialdemokrat

(sp) In den letzten Monaten hat sich die Zahl der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Österreichs um rund 62.000 auf insgesamt 631.924 erhöht. 222.771 davon sind Frauen. Das bedeutet, dass in Österreich jeder Zehnte Mitglied der SPÖ ist und dass über ein Drittel Frauen sind. Sie werden bei den kommenden Wahlen im Oktober ein besonders wichtiges Wort mitzureden haben. (B/B65)

Propagandistische Entgleisungen

HK. Der Deutschland-Uniondienst der CDU bemüht sich, den Nachweis für die Erfolge der Erhard'schen Wirtschaftspolitik zu führen. Von der Arbeitslosenziffer, die bereits über die erste Million hinausgegangen ist, wird gesagt, dass sie nicht beängstigend sei. Das trifft sicher für die Sachwertbesitzer zu, keinesfalls aber für die arbeitende Bevölkerung, die sich von der Arbeitslosigkeit unmittelbar bedroht fühlt. Es wird ferner behauptet, die Zahl der Beschäf-

tigten sei stärker gestiegen, als die der Nichtbeschäftigten. Tatsache ist, dass im Augenblick rund 95.000 Menschen weniger arbeiten als vor der Währungsreform.

Das einsame Grab

(sp) Wie in den Winkel eines bayerischen Dorfkirchhofes versetzt, der für die Selbsttötler vorbehalten ist, mutet es den Besucher des Gartens um die Beneschvilla in Sezimovo Usti bei Tabor in Südböhmen an; wenn er vor dem ungepflügten Erdhügel steht, unter dem der zweite Präsident der Tschechoslowakei, Dr. Eduard Benesch, ruht. Dem letzten Wunsche des Verstorbenen willfahrend, sollten seine sterblichen Überreste im Garten seiner Privatvilla bestattet werden. Davon ging auch die Präsidentenwitwe nicht ab, als man ihre Zustimmung forderte zur Beisetzung ihres selig-unseligen Mannes im Pantheon der Hauptstadt. Die kommunistische Regierung wusste nur zu gut, warum sie Benesch unter die stattliche Menge toter tschechischer "Helden" abschieben wollte. So wie der kleine Gottesacker des Dörfchens Lany bei Prag zur Wallfahrtsstätte der Tschechen wurde, seit er die letzte Heimstatt des ersten Präsidenten Dr. Masaryk und später auch dessen Sohnes Hans Masaryk, des "verunglückten" Innenministers, wurde, so wäre Sezimovo Usti ein zweiter, jedoch weit gefährlicherer Pilgerort jener Tschechen geworden, die mit dem kommunistischen Regime nicht einverstanden sind. Man wagte es 1948 noch nicht, die Witwe Hanna Benesch einfach beiseite zu schieben oder die lästige Frau an "gebrochenen Herzen" sterben zu lassen, sondern fügte sich scheinheilig dem letzten Wunsche Benesch's.

Schon in der Nacht der Beisetzung und an den folgenden Tagen zeigte sich, dass die Zehntausende, die in unaufhörlicher Prozession weinend und anklagend an dem Grabhügel vorüberzogen, leicht zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit der Republik werden könnten. Und schon am dritten Tage nach der Beerdigung erschien die Anordnung der Regierung, nach der alle Besuche des Präsidentengrabes in Sezimovo Usti untersagt wurden, bis dem "verdienten" Präsidenten-Wiedererwecker ein würdiges Pantheon errichtet sei. Ein stattliches Polizeiaufgebot sorgt dafür, dass Villa, Garten und Grab in Sezimovo Usti vereinsamen. Man liess sich Zeit zur Ausschreibung eines Wettbewerbes für den schönsten Entwurf eines Grabmals, ernannte in demselben Tempo eine Jury, die auftragsgemäss keinen der eingereichten Pläne für entsprechend zu befinden hatte, wird einen neuen Konkurs ausschreiben und - Zeit gewinnen. Inzwischen sind die politischen Anhänger Benesch's unschädlich gemacht und das einfache Volk ist zur Überzeugung gekommen, dass es die heutige Sklaverei, das namenlose Elend und die Trostlosigkeit, zum grossen Teil

der verräterischen Politik ihres geliebten zweiten Präsidenten zu verdanken hat.

Der Mann, der seine Republik an Moskau verhandelte, der je nach Bedürfnis den Westen gegen den Osten und diesen gegen jenen ausspielte, der mit seiner historischen Rede am 10. Juni 1945 in Lidice das Zeichen zur Verfolgung aller Deutschen der Republik gab und auf dessen Vergangenheit das Blut Hunderttausender erschlagener und der Klageruf von Millionen vertriebenen Sudetendeutschen lastet, der Hass und Vergeltung zum Leitmotiv seines staatsmännischen Wirkens machte - dieser Mann liegt fluchbeladen und selbst vom Grossteil seiner einstigen Freunde verurteilt wie ein bayerischer Selbstmörder im Winkel des Gartens von Sezimovo Usti. Und ein politischer Selbstmörder war er auch.

- - - - -

"Vor uns liegt eine lange Periode des kalten Krieges. Sicher ist es schwieriger, in Wirren zu leben als zu versuchen, sie durch eine Kurzschlussaktion zu beenden. Es gibt aber keine solche rasche und gute Lösung. Wenn wir oder die Russen es unternehmen sollten, die gegenwärtige Situation durch eine gewaltsame Auseinandersetzung zu entwirren, so wären wir zehnmal schlechter dran als nach den beiden hinter uns liegenden Weltkriegen. Aber ich glaube, dass wir hoffen dürfen; denn wenn wir im kalten Krieg unser Haus in Ordnung bringen, wenn sich unsere westlichen Lebensbedingungen bewähren, dann liegt die Zukunft in unserer Hand, dann schaffen wir ein soziales und geistiges Klima in der Welt, so dass ohne dramatische Coups allmählich auch das russische Weltsechstel in die eine Welt hineinwächst. Nicht zu unseren Lebzeiten zwar, vielleicht werden es jedoch unsere Kinder oder Grosskinder erleben."

(Der englische Historiker Arnold J. Toynbee in einem kürzlich in New York veröffentlichten Beitrag.)

- - - - -

Verantwortlich: Peter Raunau